Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 632. Dienstag, 23. Dezember 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Ostpreußens militärische Lage.

Die Annahme des Friedensvertrages von Versailles durch die deutsche Regierung stellte Ostpreußen vor die Tatsache einer baldigen Trennung vom Kern des Reiches. Die Provinz mußte seit dieser Zeit mit einer dreifachen Bedrohung rechnen: durch die Polen, die Litauer und die Bolschewisten. Die Bolschewistengefahr wog in ihren Folgen für die Bevölkerung am schwersten. Ihr wurde zunächst durch den Schutzwall ein Halt geboten, den unsere im Baltikum stehenden Truppen bildeten.

Seit Anfang Juli 1919 wurde es offenbar, daß unsere alliierten Feinde — trotz ihrer früheren Haltung — den weiteren Verbleib deutscher Truppen im Baltikum in keiner Form dulden würden, weder unter deutscher, noch unter lettischer, noch unter russischer Führung. Dementsprechend rief die deutsche Regierung die Truppen zurück. Diese antworteten zum größten Teil damit, daß sie den Gehorsam verweigerten; ihre im August 1919 gestellten Forderungen waren unausführbar und unannehmbar. Das Verlangen, daß die Ausführung dieser Forderungen durch die deutsche Regierung von Soldaten der „Eisernen Division" überwacht werden sollte, erinnert stark an die unhaltbaren chaotischen Verhältnisse in den ersten Zeiten der Umwälzung. Die Forderungen der „Eisernen Division", im kommenden Winter geschlossen an der ostpreußischen Grenze zu bleiben, rief selbst in Ostpreußen Widerspruch und Besorgnis hervor. Nach einem Bericht des Generals Grafen Goltz vom 26. August konnte sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die „Eiserne Division" bei Ablehnung ihrer Forderungen gegen Ostpreußen marschierte.

Im Gegensatz zu der vorbezeichneten Lage und den daraus gegebenen Folgerungen sprach sich am 7. Oktober die Deutsche Volkspartei in Königsberg für den Verbleib der baltischen Verbände in Ostpreußen aus. Diese hatten unterdessen unter russischer Führung den Angriff auf Riga unternommen, dessen Zweck nicht recht verständlich und dessen Aussicht gegenüber dem festen Willen der Entente gleich Null war. Der Angriff brach auch nach kurzen vorübergehenden Erfolgen völlig zusammen. Am 24. Oktober berichtete das Wehrkreiskommando I in Königsberg, daß die Provinz Ostpreußen seitens der zurückflutenden deutsch-russischen Truppen schweren Schaden für Land und Leute befürchte. Es bat daher um schleunige Zuführung von Truppen, um Flüchtlinge und Versprengte abfangen zu können. Das Reichswehrministerium war nach Kräften bestrebt, die Baltentruppen vermittels der Bahn, die man zu diesem Zweck in deutscher Hand behalten hatte, abzubefördern, um sie vor völliger Vernichtung zu bewahren. Auch die interalliierte Kommission, die seit dem 12. November im Grenzgebiet tätig war, sagte ihre Hilfe zu. Sie verlangte jedoch, daß die Truppen quer durch Ostpreußen sofort nach dem Reichsinnern abtransportiert würden.

Am 23. November drückten der Oberpräsident und der Landeshauptmann von Ostpreußen in einem Telegramm die Befürchtungen aus, die sie hinsichtlich einer Bedrohung der Provinz durch die zur Verzweiflung getriebenen deutsch-baltischen Truppen hegten. In dieser Zeit stand auf Anordnung des Reichswehrministeriums ein deutsches Detachement an der ostpreußischen Grenze bereit, um die aus dem Baltikum zurückkehrenden deutschen Landsleute, falls notwendig, herauszuhauen.

Bald darauf kamen die ersten deutsch-baltischen Truppentransporte in Ostpreußen an. Während ein großer Teil sich gut und diszipliniert führte, kam es bei anderen zu Ausschreitungen. Ein Freikorps beschuldigte das andere der Beraubung von Lebensmittelwagen; in Memel ließen sich deutsch-baltische Soldaten schwere Plünderungen zuschulden kommen. Seit dem 30. November verlangte der Oberpräsident von Ostpreußen und mit ihm die Landwirtschaftskammer, die Handelskammer, sowie andere Behörden und Korporationen, daß die aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen in Ostpreußen verbleiben sollten. Seitens der sozialdemokratischen Parteileitung wurde genau das Gegenteil gefordert.

Wäre die deutsche Regierung (insbesondere der ressortmäßige zuständige Reichswehrminister) seit Juni 1919 auf die verschiedenen aus Ostpreußen kommenden Wünsche hinsichtlich einer Verwendung der Baltikumtruppen eingegangen, so hätten wiederholt Entschlüsse und Anordnungen geändert werden müssen. Dazu war man aber bei dem verwickelten Mechanismus solcher Truppenbewegungen unter den heutigen Verhältnissen gar nicht in der Lage. Diese Grenzen des Möglichen richtig erkannt und eine konstante Linie verfolgt zu haben, war eine Vorbedingung für den guten Ausgang aus einer äußerst schwierigen Lage.

Der Reichswehrminister hat in dieser kritischen Zeit die gleichen Richtlinien befolgt, die er auch weiterhin einzuhalten gedenkt. Die erste Richtlinie ist: den Angehörigen der deutsch-baltischen Truppen trotz ihrer Unbotmäßigkeit aus der Not zu helfen, ihnen Unterstützung zu gewähren und ihnen endlich — soweit dies möglich und angezeigt erscheint — den Uebertritt in die Reichswehr zu ermöglichen. Dagegen lehnt er es kategorisch ab, Truppen, die bis vor kurzem der Regierung den Gehorsam verweigert und der Gesamtheit des deutschen Volkes neuen Druck der Entente gebracht haben, im gleichen Verbande und unter den bisherigen Führern zu erhalten. Von diesem Entschluß kann sich der Reichswehrminister weder durch Proteste, noch durch bedrohliche Kundgebungen abbringen lassen. Das hieße, gegen seine beste Ueberzeugung, gegen die elementaren Grundsätze militärischer Organisation handeln.

Die zweite und wichtigste, nicht minder rechtliche Richtlinie gibt dem Reichswehrminister die Ueberzeugung, daß der Schutz Ostpreußens eine der ersten Pflichten seines Ressorts ist. Die deutsche Oeffentlichkeit darf überzeugt sein, daß im Rahmen unserer militärischen Machtmittel alles geschieht, um der unter Umständen bedrohten Provinz zu helfen. Die dazu notwendigen Maßnahmen sind in ausreichender Weise getroffen.

Die Legenden über französische Kriegsgefangene.

Paris, 22. Dezember. „Petit Parisien" stellt heute fest, daß sich in Deutschland keine französischen Kriegsgefangenen mehr aufhalten; wenn noch welche dort seien, seien sie freiwillig geblieben. Es handele sich dann meistens um Deserteure; das sei durch eine amtliche Umfrage festgestellt worden. Der Soldat Boucher, der jüngst eine sehr teuerliche Geschichte erzählte, sei niemals Kriegsgefangener in Deutschland gewesen. Er sei Kriminal-Deserteur und man suche ihn jetzt noch. Damit enden ein für alle mal wie „Petit Parisien" sie nennt, die Legenden über die französischen Kriegsgefangenen in Deutschland.

Beschluss des Obersten Rats.

Die Forderung vorläufig aufrecht erhalten.

Havas-Meldung.

Paris, 22. Dezember.

Es ist wahrscheinlich, daß der Oberste Rat heute morgen in seiner Sitzung beschlossen hat, die Forderung aufrecht zu erhalten, daß Deutschland das Protokoll vom 1. November über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen und die Lieferung von 400 000 Tonnen Hafenmaterial als Ersatz für die bei Scapa Flow versenkten Schiffe unterzeichnet. Indessen werden sich die Verbündeten verpflichten, im Falle des Nachweises, daß ihre Einschätzungen des deutschen Hafenmaterials zu hoch sind, diesem Umstand Rechnung zu tragen und ihre Forderungen entsprechend zu ermäßigen.

Der Oberste Rat stellte die Grundsätze fest, nach denen die letzte deutsche Note beantwortet werden soll. Der Wortlaut der Note wird vom Generalsekretariat der Friedenskonferenz ausgearbeitet und dann verschiedenen Delegationen übergeben werden. Der Oberste Rat hat ferner den Entwurf einer Antwort an die deutsche Regierung auf deren Verlangen, zu einer Nachprüfung der Zollrechte ermächtigt zu werden, gutgeheißen. Dieses Zugeständnis wird erst in dem Maße gemacht werden, als die Wiedergutmachungskommission es als berechtigt erachtet. Zu gleicher Zeit wird die Untersuchung der von Deutschland verordneten Einfuhrverbote durchgeführt.

* * *

Direkte Mitteilungen über den Fortgang der Verhandlungen in Paris liegen in Berlin noch nicht vor. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die Richtigkeit der Meldung aus französischer Quelle nachzuprüfen. Wenn die Havasnachricht über den Beschluß des Obersten Rates richtig ist, würden die Dinge wieder so stehen wie vor dem Beginn der neuen Verhandlungen. Die Entente würde fordern, daß wir zuerst bedingungslos das Protokoll unterzeichnen und uns dann mit allerlei mehr oder weniger verbindlichen Zusagen begnügen. Wenn aber auch der Verband sich zu einer Herabsetzung seiner Forderung verstehen würde, könnten wir mit einer solchen Zusage gar nichts beginnen, denn der Verband hat sich ja vorbehalten, das geforderte Material aus unseren Beständen auszuwählen. Man würde uns wahrscheinlich in diesem Falle die besten Bagger, Kräne und ähnliches Hafenmaterial entziehen und uns nur unzureichendes und weniger leistungsfähiges Material überlassen, mit dem wir die notwendigen Arbeiten nicht ausführen könnten.

Die verzögerten Verhandlungen.

Nach einer weiteren Havasmeldung sind die Verhandlungen zwischen der anderen deutschen Delegation unter Herrn von Simson und den Verbandsvertretern wegen Durchführung der Uebergangsbestimmungen, die in der Note vom 3. November verzeichnet sind, noch nicht aufgenommen worden. Die Gründe hierfür sind an den zuständigen Regierungsstellen nicht bekannt, aber jedenfalls beweist die Meldung, daß die vom Verband gegen uns erhobenen Vorwürfe, als verzögere die deutsche Regierung den Fortgang der Verhandlungen und trage die Schuld an der Aufschiebung der Ratifikation, vollständig ungerechtfertigt sind.

Frontbericht Denikins.

Rotterdam, 23. Dezember. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet der letzte Heeresbericht Denikins, daß der Vormarsch der Bolschewiki auf einem großen Teil der Front zum Stehen gebracht worden sei. Westlich vom Don und nördlich von Kiew werde erbittert gekämpft.

Nordschleswig vor dem Uebergangszustand.

Eigene Drahtmeldung.

alt. **Flensburg**, 23. Dezember.

Die Vorbereitungen der internationalen Kommission zur Uebernahme der Regierung des Abstimmungsgebietes sind beendet, und man wartet nur noch auf den Tag des Friedensschlusses. Der Generalsekretär Bruce ist nach Kopenhagen zurückgekehrt. Um die schwierige Ernährungsfrage während der Besetzungszeit befriedigend lösen zu können, sind in großen Mengen Mehl, Grütze und Kartoffeln im südlichen Jütland aufgestapelt worden, die auf Abruf sofort über die Grenze geschafft werden können. Ueber den Zeitpunkt der endgültigen Uebertragung des abgetretenen Gebiets an Dänemark kann, wie dänische Blätter aus den Kreisen der internationalen Kommission erfahren, noch nichts gesagt werden. Trotz aller Vorbereitungen werde dieser Akt nicht sogleich nach der Abstimmung in der zweiten Zone erfolgen können. Vorher werde noch eine aus Vertretern der deutschen und dänischen Regierung sowie der verbündeten Mächte bestehende Kommission die Materialfrage zu regeln haben. Es handelt sich darum, zu bestimmen, welches und wieviel Gerät, darunter auch Eisenbahnmaterial, mit an Dänemark abgegeben werden soll.

Der Rücktritt Hörsings.

Breslau, 22. Dezember. Reichs- und Staatskommissar Hörsing hat, nachdem die Reichs- und Staatsregierung seiner Bitte um Enthebung von seinem Posten nachgekommen ist, am heutigen Tage sein Amt niedergelegt. Die bisherigen Dienststellen des Reichs- und Staatskommissars in Breslau und Kattowitz sind damit aufgelöst. Zur Erledigung schwebender Anträge ist eine Abwicklungsstelle unter Dr. Gotthilf-Breslau eingerichtet worden.

Die Deutschen im östlichen Abtretungsgebiet.

Die deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft hat in ihrer gestrigen Tagung in Bromberg folgende Entschließung angenommen:

„Das in den Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossene organisierte deutsche Volkstum in den an Polen fallenden zurzeit noch unbesetzten Gebieten lehnt es ab, daß irgend eine private oder amtliche Organisation im Deutschen Reiche Anspruch auf Vertretung dieses Volkstums erhebt. Dadurch könnte nur der Anschein hochverräterischer Bestrebungen der im polnischen Freistaat wohnenden Deutschen erweckt werden, wogegen diese mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. Sie sind vielmehr gewillt, als loyale Staatsbürger auf Grund der neuen Verhältnisse am Aufbau des polnischen Freistaates mitzuwirken."

Die Meldung, daß die Polen gegen die Danziger Kommunalwahlen Einspruch erhoben hätten, trifft nicht zu, denn von zuständiger Stelle in Danzig wird uns auf Anfrage mitgeteilt, daß das Wahlergebnis von allen Parteien einschließlich der Polen offiziell anerkannt worden ist.

Die Teuerungszulagen für preußische Beamte.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Unter Zustimmung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung hatte die Reichsfinanzverwaltung angekündigt, daß den Reichsbeamten für die Zeit vom 1. Januar 1920 ab bis zum Inkrafttreten der bereits in Arbeit befindlichen Besoldungsreform eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen um 50 % gewährt werden soll. Nunmehr hat das preußische Staatsministerium in seiner heutigen Sitzung beschlossen, vorbehaltlich der später einzuholenden Zustimmung der Landesversammlung den preußischen Beamten die gleiche Zulage zukommen zu lassen.

Nittis Sieg.

Eigene Drahtmeldung.

d. Lugano, 23. Dezember.

Trotz der geringen Mehrheit, mit welcher die italienische Regierung in der letzten Kammersitzung ein Vertrauensvotum erhalten hat, denkt sie doch nicht daran, das Kabinett umzubilden. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß sich in dieser bedeutungsvollen Abstimmung eine überraschend straffe Parteidisziplin innerhalb der Fraktionen bemerkbar machte. Gegen die Regierung stimmten die offiziellen Sozialisten, die unabhängigen Sozialisten, die Republikaner, die Kriegsteilnehmer, 10 Wilde, und etwa 20 Mitglieder der Rechten, für die Regierung das Zentrum, die Liberal-Demokraten, die Giolittianer, die Radikalen und 10 Mitglieder der Rechten. Die bürgerliche Presse betrachtet die Abstimmung als einen unzweifelhaften Sieg Nittis.

Der „Corriere della Sera" spricht seine besondere Befriedigung darüber aus, daß dem Lande eine Ministerkrise erspart worden sei. Das Blatt lobt die Absichten Nittis, eine Verständigungspolitik zu treiben und direkte Verhandlungen mit den Südslawen anzubahnen. Die Haltung Giolittis, der im Laufe der Debatte betonte, daß die Vollmachten des Parlaments auch auf die Genehmigung aller Verträge ausgedehnt werden müßten, wird von dem Blatte abfällig beurteilt. Giolitti habe sich den Weg zwischen Nitti und den Sozialisten offenhalten wollen. Der „Secolo" ist über die außenpolitischen Tendenzen der Regierungserklärungen sehr erfreut. Zum ersten Male habe man von den Bänken der Regierung ehrliche und sympathische Worte für die südslawische Rasse gehört. Die Achtung vor den noch zu Italien gehörenden Slawen und die den Deutschen des oberen Etschtales zugebilligte Autonomie seien nicht minder lobenswerte Entschlüsse. Die katholische Presse legt vor allem auf die innerpolitischen Erklärungen der Regierung Wert. Der „Corriere d'Italia" sagt: „Mit den vorgeschlagenen Abänderungen der Verfassung eröffnet die Regierung den Weg zu weiteren durchgehenden Reformen." Die „Italia" betont den vorläufigen Charakter der Unterstützung des Kabinetts durch das Zentrum. Das Blatt hebt besonders hervor, daß Salandra, ohne seine Haltung zu begründen, gegen die Regierung gestimmt habe.

Der „Avanti" schließlich will seinerseits aus der Entwicklung der parlamentarischen Lage die Zuversicht für einen baldigen Sieg des Sozialismus in Italien schöpfen. Indem nämlich Nitti mit der Bildung eines konservativ-reaktionären Blocks beginne, übernehme er die Verantwortung für alle Fehler und Mißerfolge der bisherigen italienischen Politik. Das Kabinett Nitti, das aus dieser Kombination hervorgehe, sei das letzte bürgerliche Kabinett Italiens.

England und der Kaukasus.

In der Sitzung des englischen Unterhauses am 18. Dezember erging eine Anfrage, ob die englische Regierung die jetzige Regierung von Georgien tatsächlich anerkannt habe und, wenn dies nicht der Fall sei, worin der Unterschied in der Behandlung von Georgien und der baltischen Staaten bestehe. Unterstaatssekretär Harmsworth antwortete, bis jetzt sei rechtlich die Unabhängigkeit weder der baltischen noch der kaukasischen Staaten von den Verbündeten anerkannt worden. Der Punkt, bis zu dem diese Regierungen de facto anerkannt würden, werde durch den Grad der politischen Entwicklung bedingt, den sie schon erreicht hätten. Im allgemeinen sei das bei den kaukasischen Staaten weniger der Fall als bei den baltischen. Und dadurch werde auch der Unterschied in ihrer Behandlung durch die Alliierten erklärt.

Auf eine Anfrage über die Besetzung von Batum antwortete Lloyd George, daß dieser Hafen tatsächlich von einem Bataillon britischer und zwei Bataillonen indischer Truppen, im ganzen 3000 Mann, besetzt sei. Die Frage der Zurückziehung dieser Truppen aus Batum werde gegenwärtig erwogen.

* * *

Im Zusammenhang mit den unlängst mitgeteilten Nachrichten über die Bolschewistenpropaganda in Afghanistan und Indien, die der englischen Regierung soviel Besorgnis einflößte, steht eine Reutermeldung aus Delhi, daß von der Behörde eine Verordnung erlassen ist, welche den Besitz von russischen Rubeln verbietet. Jede Person, bei welcher Rubel vorgefunden werden sollten, wird mit Gefängnis bis 3 Jahre neben Einziehung und Geldbuße bestraft.

Die französischen Parteien.

Die „Lothringer Volkszeitung", das Blatt des Deputierten Dr. Hackspill in Metz, bringt in ihrer Nr. 280 vom 3. Dezember 1919 einen längeren Aufsatz über die politischen Parteien in Frankreich, dem wir nachstehendes entnehmen:

In Elsaß und in Lothringen herrschte vor dem Kriege, wie im übrigen Deutschland, ein überaus straff organisiertes Parteiwesen. Bis in die entlegensten Dörfer erstreckten sich die Organisationen der Parteien. Kaum war der Krieg vorbei, als der alte Organisationsgeist wieder auflebte; nach ihm formierten sich nacheinander die „Union républicaine", die Sozialisten, die demokratisch-republikanische Partei und die Radikal-Sozialisten und arbeiteten eifrig an dem inneren und äußeren Ausbau ihrer Parteien.

Dem Nationalfranzosen ist die Unterwerfung unter die Parteidisziplin etwas Fremdes, weil sie seinem Freiheitsgefühl widerstrebt. Und so sind die Parteien im Durchschnitt in Frankreich nur lockere Gebilde, innerhalb welcher nur über die prinzipiellen Punkte Einigkeit herrscht. Und nur zwei französische Parteien können sich rühmen, über eine feste eingeschriebene Mitgliederzahl zu verfügen; die Sozialisten und die katholisch-republikanische „Action libérale populaire", welch letztere vor dem Kriege 250 000 Mitglieder zählte.

In Frankreich werden bei den Wahlen auch die Kandidaten nicht von den Parteien, beziehungsweise Parteiorganisationen aufgestellt, sondern sie stellen sich meist selbst auf und akzeptieren dann irgend ein Parteiprogramm. Infolgedessen fühlt der Gewählte sich auch nicht so seiner Partei und dem Programm verpflichtet, wie es in Elsaß-Lothringen der Fall ist. Es kommt daher nicht selten vor, daß ein Deputierter, der auf das Programm einer Partei gewählt ist, eines Tages in der Kammer einer andern Gruppe beitritt, ohne daß diese Tatsache viel Aufsehen erregt. Oefters gehört ein Abgeordneter sogar zwei oder mehreren Fraktionen an. Da übrigens auch die Programme der Parteien von prinzipiellen Weltanschauungen abgesehen, oft nicht allzu sehr von einander abweichen, so ist das französische Parteiwesen äußerst kompliziert.

Im großen und ganzen betrachtet, lassen sich die Parteien der Kammer in vier große Gruppen zusammenfassen: Die Sozialisten, die Radikalen, die gemäßigten Republikaner und die rechtsstehenden Parteien.

1) Die geeinigten Sozialisten (Socialistes unifiés) sind innerlich tief gespalten. Es bestehen drei Richtungen: rechts steht der mehr patriotische Flügel unter der Führung von Albert Thomas, Renaudel und Compère-Morel, der früher die Mehrheit in der Partei besaß. Links der kommunistische Flügel, unter der Führung der drei sogenannten „Kienthaler" Jean Bon, A. Blanc und Raffin-Dugens. (Sie heißen Kienthaler, weil sie im Krieg nach dem Schweizer Ort Kienthal zu Unterhandlungen mit ausländischen Sozialisten fuhren.) Zwischen beiden die große Mehrheit der Partei, deren Führer früher Jean Longuet war, die langsam, aber sicher nach links zum integralen Bolschewismus hinübergleitet.

2) Die zweite, größte Gruppierung der Kammer bilden die verschiedenen Fraktionen der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei. Die radikale Partei ist seit 20 Jahren die herrschende Partei in der französischen Republik. Sie hat von ihrem Programm einen Punkt in die volle Wirklichkeit umgesetzt, nämlich den der Trennung von Kirche und Staat. Die einzelnen Gruppen und Richtungen des Radikalismus sind:

a. Die Geeinigte radikale und sozialistisch-radikale Partei (Parti radical et radical-socialiste unifié). Sie war früher die stärkste Gruppe (136 Abgeordnete) in der Kammer und diejenige, die am weitesten links steht. Sie wird nach dem Sitz des Exekutivkomitees in der Rue Valois in Paris meist „die Partei der Rue Valois" genannt. Ihre Häupter vor und während des Krieges waren Caillaux und Malvy, der eine wegen Beziehungen zum Landesfeind in Haft, der andere wegen solcher Vergehen bereits verurteilt.

b. Die radikale Linke (Gauche radicale) umfaßt diejenigen radikalen Politiker, die sich von der Rue de Valois losgesagt haben und eine eigene, von jedem Liebäugeln mit der äußersten Linken freie Politik treiben. Ihr Führer war bisher der frühere Minister Théophile Delcassé.

c. Als Anhängsel der Geeinigten Radikalen ist die Fraktion der Sozialistischen Republikaner (Républicains socialistes) zu betrachten. Sie besteht in der Hauptsache aus Politikern, die aus der geeinigten sozialistischen Partei ausgeschieden sind. Ihre bekanntesten Mitglieder sind die früheren Ministerpräsidenten Viviani und Painlevé.

d. Die vierte Gruppe, die sich in völliger Unabhängigkeit von allen den obengenannten befindet, ist die Union républicaine radicale et socialiste. Ihr Führer und Gründer ist der frühere Ministerpräsident Aristide Briand. Die Gruppe ist zwar nicht stark, aber reich an einflußreichen Männern; ihr gehören u. a. der Finanzminister Klotz, der frühere Ministerpräsident Barthou, das Mitglied der Friedenskonferenz Tardieu, früher Redakteur des „Temps", an.

3) Die gemäßigten Republikaner bilden die Mitte zwischen rechts und links. Sie zerfallen in Links- und Rechtsrepublikaner. Erstere haben in der Alliance républicaine démocratique eine ziemlich starke Organisation. Ihr gehören der Kammerpräsident Deschanel und der frühere Minister für die befreiten Gebiete Lebrun an.

Die Rechtsrepublikaner oder Progressisten bis vor einigen Monaten in zwei Fraktionen gespalten, haben sich in der „Entente démocratique" zusammengeschlossen. Hervorragende Mitglieder dieser Gruppe sind der Finanzpolitiker Jules Roche, der Generalberichterstatter der Budgetkommission Marin, der bekannte Schriftsteller Maurice Barrès.

4) Die rechtsstehenden Parteien.

a. Die Action libérale populaire, die katholisch-republikanische Volkspartei. Sie hat die stärkste Organisation unter den nichtsozialistischen Parteien, von denen sich aber ein großer Teil teils der Entente démocratique, teils den „Unabhängigen" angeschlossen hat. Ihr Führer ist der greise Piou und der Liller Universitätsprofessor Groussau. Andere bekannte Mitglieder sind u. a. die beiden Pariser Advokaten Lerolle und Denais, Redakteur der „Libre Parole".

b. Die Rechte (Droite) oder die Royalisten, umfaßt alle Anhänger des alten Königtums. Ihre Kampforganisation ist die Zeitung „Action française". Die Führer der Royalisten sind der Akademiker Denys Cochin, der streitbare Jules Delahaye und Léon Daudet.

c. In der Gruppe der Unabhängigen (Indépendants) oder Wilden sitzen meist Bonapartisten (Anhänger Napoleons), Nationalisten. Auch einige Republikaner sitzen in dieser Fraktion, darunter der bekannte christliche Demokrat Abbé Lemire.